

# Kindergeld: Chance bei Anfechtung

**ZUVERDIENST.** Juristen zuversichtlich, wenn Bescheid über Rückzahlung bekämpft wird.

VON HEDWIG SCHUSS

WIEN. Wem dieser Tage ein Bescheid seiner Gebietskrankenkasse ins Haus flattert, in dem die Rückzahlung des zu Unrecht bezogenen Kinderbetreuungsgelds verlangt wird, weil die Zuverdienstgrenze überschritten wurde, sollte nicht einfach gleich zahlen. Immer mehr Juristen räumen den Betroffenen gute Chancen ein, einen solchen Bescheid zu bekämpfen, weil die Rechtslage rund um das Kinderbetreuungsgeld derart unklar sei, dass man Verfassungswidrigkeit geltend machen könnte. Denn das dort normierte Rechtsstaatsprinzip schreibt dem Gesetzgeber vor, klar verständliche Gesetze zu erlassen.

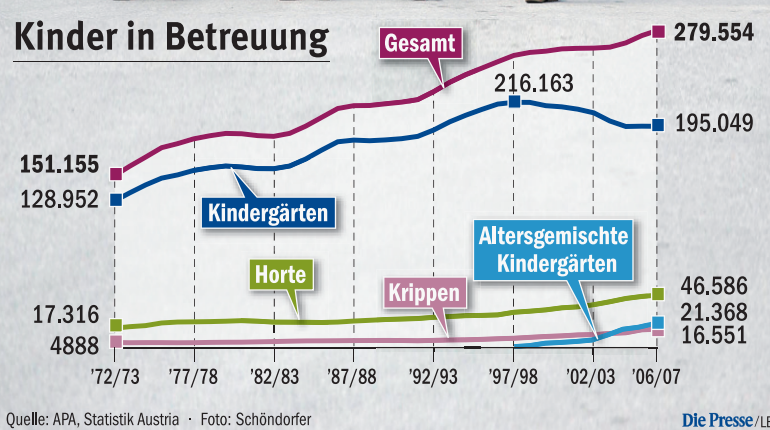
Die Wiener Rechtsanwältin Sabine Riehs-Hilbert rät ihren Klienten vor allem dann dazu, den Bescheid beim Arbeits- und Sozialgericht zu bekämpfen, wenn sie das Kinderbetreuungsgeld im guten Glauben bezogen haben, sie würden die Zuverdienstgrenze nicht überschreiten. Hier seien vor allem Selbstständige, Bäuerinnen und Studentinnen betroffen, für die es schwer absehbar sei, wie hoch ihr Einkommen zu Jahresende sei. Also nicht vollbilanzierende Großunternehmer, sondern mehr kleine Ausgaben-Einnahmen-Rechner, die davon abhängig sind, wann Lieferanten die Rechnung legen oder Kunden zahlen.

„Wenn es den Rückhalt einer Rechtsschutzversicherung gibt, rate ich, den Bescheid zu bekämpfen“, betont Riehs-Hilbert. Denn wenn der Rückforderungsanspruch fallen sollte, wären jene, die das Kinderbetreuungsgeld auf-

grund des Bescheids zurückgezahlt haben, „die Dummen“.

Franz Kronsteiner, Vorstandsvorsitzender der D.A.S. Rechtsschutzversicherung, bietet seinen Kunden Rechtsberatung an. Gegebenenfalls deckt die Versicherung den Rechtsstreit auch bis zu den Höchstgerichten ab. In der Kanzlei Riehs-Hilbert hat es bisher einen Fall gegeben, in dem auch tatsächlich der Bescheid bekämpft wurde, dabei ging es um einen Zuschuss zum Kindergeld.

Der Salzburger Verfassungsrechtsprofessor Walter Berka sieht nicht nur die Möglichkeit, dass die unklare Rechtslage zu einer Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof führen könnte. Auch der gute Glaube an die Weisung des damaligen Sozialministers Herbert Haupt (das Überschreiten der Zuverdienstgrenze werde vorerst nicht überprüft) habe eine schützenswerte Vertrauenslage geschaffen. Berka vergleicht den Fall mit jenem, in dem eine Behörde jahrelang einen Schwarzbau geduldet hat. Die – untätige – Behörde hat nach Jahren die Voraussetzungen verwirkt, diesen wieder abreißen zu lassen. Genauso sei das Handeln eines Ministers in seiner offiziellen Funktion rechtlich relevant.



## Vom Gitterbett in den Kindergarten

ÖVP-Brinek prescht vor – Grüne für „einkommensabhängiges“ Kindergeld.

WIEN (oli/APA). Als erste aus den Reihen der ÖVP kann sich Wissenschaftspräsidentin Gertrude Brinek vorstellen, mehr Kinder im Alter von einem bis sechs Jahren im Kindergarten gemeinsam zu betreuen. Als „Fernziel“ wünscht sie sich gebührenfreie Kindergartenplätze für Vier- bis Sechsjährige.

Brinek sieht einen steigenden Bedarf an Betreuungsplätzen für Unter-Dreijährige, auch weil es künftig möglich sein soll, ein höheres Kindergeld kürzer zu beziehen. Außerdem würden 50 Prozent der Familien nur ein Kind haben, diesen fehle daher die Möglichkeit, in der Familie mit Gleichaltri-

gen umzugehen. Der Kindergarten sei eine wichtige Alternative.

Die SPÖ misstraut diesen Signalen aus der ÖVP. Es sei „wirklich kurios“, wenn Brinek jetzt „die Kindergartenpflicht ab vier Jahren“ fordere, so SP-Bundesgeschäftsführer Josef Kalina. „Als die SPÖ ihr Konzept für ein verpflichtendes Vorschuljahr präsentierte, hat ÖVP-Bildungssprecher Fritz Neugebauer das als Zwangsbeglückung bezeichnet.“

Zu einer „einkommensabhängigen Versicherungsleistung“ möchten die Grünen das Kindergeld machen. Der Elternteil, der in Karenz geht, soll acht Monate lang 80

Prozent seines Gehalts weiter beziehen, danach soll es für 16 Monate 730 Euro geben. Für alle, die nicht gearbeitet haben, soll es „Transferzahlungen“ geben.

### Mehr Väter in Karenz

„Dann würden auch mehr Väter in Karenz gehen“, meint Grünen-Vizechefin Eva Glawischnig. Derzeit seien es nur 5000. Bei den Beamten seien es im ersten Lebensjahr des Kindes nur 13 Männer, die zu Hause blieben, bei den Frauen rund 1000. Zudem plädiert Glawischnig für einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr.

### in kürze

#### Unsicherheit um Pension

Sozialminister Erwin Buchinger (SPÖ) ortet mangelnde Rechtssicherheit bei der von der schwarz-orangen Vorgängerregierung eingeführten Schwerarbeitspension, einer Sonderform der Frühpension. Das geht aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des grünen Sozialsprechers Karl Öllinger hervor. So habe die für die Schwerarbeitspension erstellte Berufsliste „keinen normativen Charakter“, beklagt Buchinger. Auch zur Feststellung des Kalorienverbrauchs als Voraussetzung für eine Schwerarbeitspension würden hinreichende gesetzliche Vorgaben fehlen. Die Schwerarbeitspension gibt es seit Jahresbeginn.

#### Ärzte-Attacke auf Leitl

Die Front gegen die Pläne von Wirtschaftskammerchef Christoph Leitl – er will im Spitalsbereich zwei Milliarden Euro einsparen – wird breiter: Nachdem sich ÖVP-Gesundheitssprecher Erwin Rasinger in der „Presse“ (Dienstag-Ausgabe) darüber empört hatte, dass nach dem Leitl-Plan jedes vierte Spital geschlossen werden müsste, kommt nun auch Kritik von Ärztekammer-Präsident Walter Dörner. Er bezeichnete am Dienstag Leitls Vorhaben als „tolldreistes, pseudoökonomisches Märchen – unrichtig, irreführend und durch nichts zu belegen“. Tatsächlich fehle in den Spitälern Geld, sagt Dörner.

#### Sozialjahr: Caritas-Appell

In der Debatte um die weitere Förderung des freiwilligen Sozialjahrs schaltete sich am Dienstag Caritas-Chef Franz Küberl ein. Die Regierung solle ihrem Herzen einen Ruck geben und am besten eine klare gesetzliche Regelung schaffen – etwa durch die Zahlung der Familienbeihilfe – meinte Küberl im ORF-Radio. Der Zwist innerhalb der Koalition dauert an: ÖVP-Abgeordneter August Wöginger forderte SPÖ-Sozialminister Erwin Buchinger auf, umgehend finanzielle Mittel für das Sozialjahr zur Verfügung zu stellen. Hintergrund des Streits: Die bisherige Förderung läuft Ende August aus, das ÖVP-geführte Familienministerium und das Sozialministerium meinen, dass das jeweils andere Ressort für die Finanzierung aufkommen muss.

### RÜCKFORDERUNG

**358 Bescheide** sind bisher zur Rückforderung von Kindergeld, das zu Unrecht bezogen wurde, weil die Zuverdienstgrenze überschritten wurde, ergangen.

**Familienministerin** Andrea Kdolsky (ÖVP) kündigte an, auf Härtefälle Rücksicht zu nehmen.

www.volkswagen.at



JETZT MIT  
€ 2.000,-\*  
UMWELTBONUS

## Der neue Passat TDI BlueMotion.

Das umweltfreundlichste Fahrzeug seiner Klasse\*\*. Ab sofort bestellbar.



\*Unverb., nicht kart. Richtpreis inkl. NoVA und MwSt. Aktion gültig bei Kauf eines umweltfreundlichen Passat TDI mit Dieselpartikelfilter von 21. Juli bis 15. Oktober 2007 bzw. solange der Vorrat reicht, bei Zulassung bis 31. Dezember 2007. Mit anderen Aktionen nicht kombinierbar. \*\*Bezieht sich auf den niedrigsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß des B-Segments für Fahrzeuge mit einer Fahrzeuglänge von über 4,7 Meter. Verbrauch: 5,1–5,2 l/100 km. CO<sub>2</sub>-Emission: 136–137 g/km. Symbolfoto.